
Plakat der Bekenntniskirche Berlin-Treptow für eine Veranstaltung zur Ossietzky-Affäre

Im Herbst 1988 wurden Schüler der Carl-von-Ossietzky-Schule in Berlin-Pankow der Schule verwiesen, weil sie sich offen gegen Militärparaden und Rechtsextremismus in der DDR ausgesprochen hatten. Die Betroffenen erfuhren eine Welle der Solidarität. In vielen evangelischen Gemeinden fanden Fürbittgottesdienste und öffentliche Veranstaltungen statt. Deswegen trat jedoch auch die Staatssicherheit auf den Plan.

Am 30. September 1988 wurden drei Schüler und eine Schülerin der Carl-von-Ossietzky-Schule im Ost-Berliner Stadtteil Pankow der Schule verwiesen, weil sie sich offen gegen Militärparaden ausgesprochen und vor dem Rechtsextremismus in der DDR gewarnt hatten. Zwei weitere Klassenkameraden wurden an andere Schulen versetzt, zwei erhielten einen Verweis. Die Betroffenen wurden durch ein systematisches Zusammenspiel von Schule, Leitung der Freien Deutschen Jugend (FDJ) und Elternrat gemäßregelt und gedemütigt. Anders als viele ähnliche Fälle wurde dieser Vorgang jedoch öffentlich. Die sogenannte Ossietzky-Affäre schlug hohe Wellen. Der Mut der Jugendlichen rief eine Welle der Solidarität hervor.

Nach dem Schulausschluss der vier Jugendlichen solidarisierten sich vor allem die Gemeinden der evangelischen Kirche mit den Betroffenen. In Gesprächsrunden und Andachten rief die Kirche zu einer öffentlichen Diskussion der Ossietzky-Affäre auf. Die Stasi beobachtete die angekündigten Veranstaltungen sehr genau, wie etwa die der Bekenntniskirche Berlin-Treptow.

Signatur: BStU, MfS, HA IX, Nr. 2469, Bild 8

Metadaten

Datum: Oktober bis November 1988 Rechte: BStU

Plakat der Bekenntniskirche Berlin-Treptow für eine Veranstaltung zur Ossietzky-Affäre



Signatur: BStU, MfS, HA IX, Nr. 2469, Bild 8

Bild 8